

Bern

Werden die «falschen» Senioren geimpft?

Kritik aus Altersheim Das Coronavirus fordert in bernischen Altersheimen zahlreiche Tote. Nun kommt Kritik auf, dass nicht prioritär in Heimen geimpft wird. Der Kanton verteidigt sich.

Simon Wälti

Am 11. Januar hat der Kanton Bern mit dem Impfen begonnen. Bisher sind rund 8000 Personen gegen Covid-19 geimpft worden, das ist der Stand vom 20. Januar. Am Dienstag haben im Kanton Bern 1793 Personen eine erste Dosis der Covid-19-Impfung erhalten – rund 120 mehr als am Vortag. Die Zahlen vom Mittwoch sind noch nicht bekannt. Die Impfgruppe A, die derzeit geimpft wird, umfasst Personen, die älter sind als 75 Jahre, ohne weitere Unterscheidungen.

Am Vorgehen des Kantons wird nun aber Kritik laut: «Es werden die falschen Seniorinnen und Senioren geimpft», sagt Katrin Bucher, Geschäftsführerin des Zentrums Schönberg und des Alterszentrums Viktoria in Bern. Die Gesundheitsdirektion habe versprochen, dass Altersheime schon zu Beginn berücksichtigt würden und mobile Impfteams unterwegs seien. «Aber bis jetzt ist noch fast nichts passiert. Wie kann es sein, dass wir leer ausgehen?» Bisher seien Altersheime nur «marginal» berücksichtigt worden, obwohl mehr als die Hälfte aller Covid-19-Todesfälle im Kanton Bern dort zu beklagen seien. Stattdessen würden fitte und aktive Senioren geimpft. Auch Angehörige und Pflegenden, die sich beim «Bund» gemeldet haben, stellen sich die gleichen Fragen.

Viele positive Fälle

Im Schönbergzentrum gibt es 166 Betten, viele sind durch Personen der obersten Pflegestufe belegt. Innert weniger Tage sind etliche Bewohnende und Mitarbeitende eines Wohnbereichs erkrankt. Positive Fälle gibt es auch im Viktoria. Weitere Todesfälle seien absehbar, sagt Bucher. «Der Leidensdruck ist enorm, das Pflegeteam ist erschöpft, und die Angehörigen sind wütend, dass nicht geimpft wird.» Impfungen seien gemäss Angaben des Kantons wohl erst im Februar mit dem Impfstoff von Moderna möglich.

Bucher spricht von traumatischen Erfahrungen – auch für die Angehörigen, die nur in «Vollschutzmontur» von ihren Liebsten Abschied nehmen können.



Impfzentrum im Wankdorf: Der Kanton Bern will seine Kapazitäten in den nächsten Wochen weiter erhöhen. Foto: Raphael Moser

Schon die erste Impfung könne einen vielleicht entscheidenden Schutz bieten. «Das wäre eine riesige Entlastung.» Denn die Pflege von an Covid-19 erkrankten Personen ist sehr aufwendig und anspruchsvoll. Auch das Personal warte darauf, sich impfen zu lassen. «Wir haben eine äusserst hohe Anzahl von impfwilligen Mitarbeitenden», sagt Katrin Bucher, Geschäftsführerin des Zentrums Schönberg.

Solothurn war schneller

Auch in den 13 Alterseinrichtungen von Tertianum im Kanton Bern sind bisher noch keine Impfteams erschienen. Im Altersheim in Lyss soll es aber am Donnerstag so weit sein, der Termin für die erste Impfrunde wurde bestätigt. «Die Bewohnenden der Tertianum-Betriebe warten schon fast sehnsüchtig auf die Impftermine», sagt Roger Zintl, Regionalleiter Mittelland bei Ter-

tianum. Im Gegensatz zum Vorgehen im Kanton Bern seien zum Beispiel im Kanton Solothurn bereits am 4. Januar alle Bewohnenden geimpft worden. Die zweite Impfung erfolge dort in der ersten Februarwoche.

Die Gesundheitsdirektion widerspricht der Kritik, dass Altersheime bisher nur «marginal» berücksichtigt worden seien. Seit dem 11. Januar seien sieben mobile Impfteams unterwegs, ab kommenden Montag sogar deren elf, sagt Mediensprecher Gundekar Giebel. Diese Impfteams impfen in den Heimen. Ab Februar kommen auch die jeweiligen Heimärzte ins Spiel: Sie erhalten den Moderna-Impfstoff und können dann in den Heimen impfen. Giebel verteidigt die Impfstrategie des Kantons Bern: «Wir wollen über lange Zeit ständig, viel und gleichberechtigt impfen.» Darum sei die Kategorie der über 75-Jährigen

nicht aufgeteilt worden, und darum gebe es keine Bevorzugung von Heimbewohnern. Von den rund 100'000 über 75-Jährigen im Kanton leben 14'000 in Alterseinrichtungen. Giebel wertet die Ungeduld als positives Zeichen: «In der Bevölkerung ist eine hohe Impfbereitschaft zu spüren.»

10'000 neue Dosen für Bern

Am Montag traf in der Schweiz eine neue Lieferung des Impfstoffes von Pfizer/Biontech ein. Allerdings erhielt die Schweiz nur rund die Hälfte der in Aussicht gestellten 126'750 Dosen. Eine Anpassung der Impfstrategie für den Kanton sei aber nicht notwendig, sagt Giebel. «Wir müssen keine Termine absagen oder verschieben.» Man werde von der Lieferung am Montag 10'000 Dosen erhalten.

Seit Montag sind neben den sechs bisherigen Impfzentren

zwei weitere Impfstandorte in Langenthal und Biel in Betrieb. Am 25. Januar wird in Langnau das neunte Impfzentrum eröffnet. Geimpft wird von Montag bis Freitag, aber nicht an den Wochenenden. Eine Ausdehnung auf sieben Tage sei noch nicht vorgesehen, da sonst die Impfdosen nicht im geplanten, rollenden Prozess verimpft würden, heisst es bei der Gesundheitsdirektion. Im Vollausbau und sobald genügend Impfstoff zur Verfügung steht, sollen in den Impfzentren täglich bis zu 5000 Impfungen verabreicht werden. Dazu kommen mobile Impfteams in Heimen und Spitälern. Und in einer dritten Phase auch Hausärzte und Apotheken. «Wenn dann grosse Mengen Impfstoff lieferbar werden, können wir uns rasch komplett aufstellen und über 8000 Impfdosen pro Tag verabreichen», sagt Giebel.

«Bürokratische» Hürde für einige Betriebe

Härtefälle Ohne Eintrag im Handelsregister gibt es keine Hilfe. Das war nicht allen bewusst.

Am Dienstag wurde Kritik am kantonalen Härtefallprogramm laut. Viele Vereine, die unter der aktuellen Situation leiden, würden in Bern keine Hilfe bekommen, schrieb etwa das Restaurant Sous le Pont auf Facebook. Denn anders als der Bund setzt die Kantonsregierung neben dem Gründungszeitpunkt vor dem 1. März 2020 einen Eintrag im Handelsregister voraus.

Das Problem dabei: Ein Grossteil der Vereine ist nicht zu einem Eintrag verpflichtet. Laut Martin Ruf vom Handelsregisteramt müssen sich nur kaufmännisch geführte Gewerbe registrieren: «Indizien dafür sind etwa hohe Umsatzzahlen oder viel Fremdkapital.»

Dass Vereine ohne Handelsregistereintrag in Bern von der Härtefallhilfe ausgeschlossen sind, sei aber nicht der Fall, sagt die kantonale Wirtschaftsdirektion auf Nachfrage des «Bundes». Denn betroffene Betriebe, die vor dem 1. März 2020 gegründet wurden, «können sich nachträglich im Handelsregister eintragen», so die Wirtschaftsdirektion.

«Dieser Umstand war uns nicht bekannt», sagt Jonas Staub, Gründer des Vereins Blindspot, der sich für Personen mit Beeinträchtigung und junge Menschen einsetzt. Wie Staub scheint es vielen Betrieben zu gehen. Denn eine nachträgliche Registrierung ist bei den kantonalen Bedingungen nicht klar ausgewiesen. Auch wenn sein Verein durch einen Eintrag ins Handelsregister am Härtefallprogramm teilnehmen könnte, findet Staub die Regelung von Bern zu kompliziert: «Es ist unverständlich, weshalb wir diesen bürokratischen Aufwand betreiben müssen.»

Jael Amina Kaufmann

Weniger Menschen im Spital, 12 neue Todesfälle

In den vergangenen 24 Stunden sind im Kanton Bern 263 Neuansteckungen mit dem Coronavirus registriert worden. Dies geht aus der aktualisierten Corona-Homepage des Kantons Bern hervor. Die Ansteckungszahlen sind seit Montag (119 Fälle) wieder merklich angestiegen. Durchgeführt wurden 2933 Test, die Positivitätsrate beträgt somit 9 Prozent. Diese ist ähnlich tief wie am Vortag und tiefer als die Tage davor.

Der aussagekräftigere Siebentage-Durchschnitt liegt jetzt bei 218, was deutlich tiefer ist als vor einer Woche (294). Weitere 12 Personen sind an den Folgen der Covid-19-Erkrankung gestorben. Die Gesamtzahl der Todesopfer im Kanton Bern liegt seit Beginn der Pandemie nun bei 840 Personen. In Spitalpflege wegen einer Covid-19-Erkrankung befinden sich aktuell 191 Personen. Diese Zahl liegt damit seit langem wieder einmal unter 200. Am 26. Oktober des vergangenen Jahres stieg die Zahl der Hospitalisierten noch über diese Schwelle. Der Höchstwert wurde am 10. November 2020 mit 427 erreicht. (db)

Bunte Zwischennutzung im Marzili

Gaswerkareal Die Giftentsorgung auf dem Areal dauert bis 2023. Der andere Teil soll zwischengenutzt werden.

Es ist nicht die erste Terminsage für den Start der Altlastenentsorgung auf dem Gaswerkareal, eines der grossen Wohnbauareale der Stadt Bern. Aber dieses Mal scheint die Realisierung des Vorhabens realistisch zu sein. Die Arbeiten sollen im dritten Quartal dieses Jahres beginnen, sagt Meret Wenger, stellvertretende Leiterin der federführenden Finanzdirektion von Gemeinderat Michael Aebersold (SP), auf Anfrage.

Die Brache ist bis in elf Meter Tiefe mit Stoffen wie Arsen, Blei und Blausäure verseucht, die in den Jahrzehnten der Gasproduktion im Boden versickert sind. Die Sanierung hat sich seit 2012

verzögert und hätte zuletzt vor zwei Jahren beginnen sollen. Doch Anwohnende haben Einsprache erhoben, weil sie Immissionen befürchteten.

Alte Feuerwehr als Vorbild

Da beim Aushub der 34'500 Kubikmeter Material viel kontaminierter Staub aufgewirbelt wird, hat sich Energie Wasser Bern (EWB) zu Schutzvorkehrungen verpflichtet. So soll etwa ein 6000 Quadratmeter grosses und bis zu fünfzehn Meter hohes Unterdruckzelt rund um die Baugrube errichtet werden. Laut Wenger wird das Zelt «voraussichtlich Anfang 2022» aufgestellt und bis Mitte 2023 stehen bleiben.

Auf dem restlichen Areal wollen Stadt und Quartier eine Zwischennutzung initiieren. Nach dem Vorbild der Alten Feuerwehrkaserne im Breitenrain soll laut Wenger eine «breit akzeptierte Trägerschaft» gebildet werden. Ständige Bauten dürfen auf dem Gelände jedoch nicht erstellt werden. «Es sind vielseitige Nutzungen in den Bereichen Sport, Bewegung, Kultur und Natur möglich», sagt Wenger. Gastronomie sei «nicht prioritär», aber auf Wunsch des Quartiers als Ergänzung möglich.

Kein Thema mehr ist offenbar eine provisorische Lösung für das Marzili-Bad während dessen

Sanierung. Gemeinderat Aebersold hatte die «Ersatz-Badi» vor Jahresfrist als Möglichkeit ins Gespräch gebracht.

Baustart «ab 2025»

Die Stadt hat das Areal Anfang Jahr von EWB übernommen. Ein entsprechender Kredit in der Höhe von 30 Millionen Franken hat das Volk vor Jahresfrist genehmigt. In der Summe ist auch eine Entschädigung von knapp zwei Millionen Franken für Planungsvorleistungen der Baufirma Losinger Marazzi enthalten. Die Altlasten muss EWB auf eigene Kosten entsorgen.

Auf dem Gaswerkareal sollen dereinst 350 Wohnungen

entstehen – die meisten durch gemeinnützige Wohnbauträger und durch die Stadt selber. Stockwerkeigentum hat der Stadtrat explizit ausgeschlossen.

Für die Planung ist nun ein «offener städtebaulicher Ideenwettbewerb im anonymen Verfahren» lanciert worden, wie die Stadt mitteilt. Gefordert seien «innovative städtebauliche Konzepte» für ein Nebeneinander von Wohnen, Gewerbe, Nachtleben, Freizeit und Kultur. Das Volk wird 2023 über die Planung befinden. Baubeginn ist «ab 2025» vorgesehen.

Bernhard Ott